

Elbkurier

Das offizielle Informationsblatt **CDU** Kreisverband Magdeburg

Heft 2
April 2002

INHALT

Seite 2

Gesunde Finanzen
für optimale Sicherheit...

Seite 3

Wahlkampf
in Haldensleben

Seite 4

Kindliche Erwartungen
und eine unsolide Politik

Seite 5

Kommunalpolitik
bestimmt sein Leben

Seite 15

12 Thesen für
den Aufschwung

15. April, 18.00 Uhr
Helmut Kohl
auf dem
Alten Markt in Magdeburg

18. April, 17.00 Uhr
Wahlkampfabschlussver-
anstaltung
mit Parteichefin
Angela Merkel
und Unions-
Kanzlerkandidat
Edmund Stoiber
in Magdeburg, Domplatz

Nach 8 Jahren Stillstand braucht Sachsen -Anhalt den Wechsel

Nach acht Jahren Regierung Höppner trägt Sachsen-Anhalt in vielen Bereichen die rote Laterne unter allen 16 Bundesländern. Besonders schmerzlich ist dieser Rückstand bei der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, der höchsten Abwanderung und den meisten Pleiten. Mit dieser Negativ-Bilanz hat die von der PDS gestützte Regierung nichts anderes als ihre Abwahl verdient!

CDU-Chef Prof. Wolfgang Böhmer will das Land wieder aus der Sackgasse führen. Mit einem Wechsel an der Spitze der Landesregierung will Böhmer einen grundlegenden Stimmungsumschwung im Land herbeiführen. Wir alle wissen, 50 Prozent der Wirtschaftspolitik sind Psychologie. Deshalb muss der Mehltau, der lähmend über dem Land liegt, beseitigt werden und

Raum für eine neue Aufbruchstimmung geschaffen werden. Mit einer konsequenten Sanierung des überschuldeten Landeshaushaltes, einer Umsteuerung der Ausgaben auf klaren Vorrang der Investitionen vor allem zum Ausbau der Infrastruktur kann Sachsen-Anhalt wieder Anschluss an die Entwicklung in Sachsen und Thüringen gewinnen.



Mit der Landtagswahl am 21. April haben die Wählerinnen und Wähler die Chance, die Weichen für eine grundlegende Neuorientierung der Landespolitik zu stellen. Prof. Wolfgang Böhmer mit seiner Mannschaft steht bereit, den überfälligen Wechsel durchzuführen und einen neuen Aufbruch in Sachsen-Anhalt zu gestalten.

Veranstaltungen

11. April, 19.30 Uhr
Frau Prof. Rita Süßmuth im
Seniorenzentrum Heideweg

14. April, 19.30 Uhr
Veranstaltung mit
Günter Beckstein
Schönebeck, Hotel Domicil,
Friedrich Straße 98a

15. April, 18.00 Uhr
Helmut Kohl auf dem
Alten Markt in Magdeburg

16. April, 19.30 Uhr
Spitzenduell im MDR
Böhmer / Höppner

18. April, 17.00 Uhr
Wahlkampfabschlussver-
anstaltung mit Angela Merkel
und Edmund Stoiber in
Magdeburg, Domplatz

Termine im CDU Kreisverband April

Senioren
15. April 10.00 Uhr
Beratungsraum in der
Landesgeschäftsstelle

Ortsverband Nord
24. April 19.00 Uhr
"Cafe Nordlicht"

Ortsverband
Am Neustädter Feld
30. April 19.00 Uhr
Gaststätte "Zur Birke"

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

CDU-Kreisvorstand Magdeburg
39104 Magdeburg
Hegelstraße 23

REDAKTION:

Wilfried Köhler

LAYOUT/SATZ:

Büro für Kommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit

DRUCK:

Harzdruckerei Wernigerode

Jürgen Scharf: Gesunde Finanzen für optimale Wirtschaftsförderung, Bildung und Sicherheit

Sparen darf kein Selbstzweck sein. Wenn aber Jahr für Jahr soviel Schulden angehäuft wurden, dass Zins und Tilgungsleistungen die Gestaltungsspielräume dramatisch einengen, dann ist nur durch einen strikten Sparkurs wieder Grund in den Haushalt zu bekommen. Das kennt jeder von zu Hause, da muss man sich zusammensetzen, einen Kassensturz machen und ehrlich alle Positionen auf ihre Notwendigkeit hin abklopfen.

Wir müssen daher nach der Landtagswahl den Finanzstatus des Landes Sachsen-Anhalt feststellen. Da wird herauskommen, dass wir mit ca. 5.540 € je Einwohner die höchste pro Kopf Verschuldung unter den neuen Bundesländern haben. Da werden uns bekannte Nebenhaushalte weitere Schwierigkeiten aufzischen, so sind z. B. 102 Mio. € beim Talsperrenbetrieb "geparkt". Mit Sicherheit werden wir auch offene Verpflichtungen entdecken, von denen wir bisher noch gar nichts wußten. Allein die Lehrer haben auf ihren Arbeitszeitkonten Rechtsansprüche für Lohnzahlungen in Höhe von ca. 300 Mio. € angesammelt.

Am meisten leiden mussten unter einer unverantwortbaren Haushaltspolitik die Kommunen, die innerhalb der sogenannten Finanzausgleichsmasse einschließlich eingetretener Steuermindereinnahmen bei Gemeinschaftssteuern und bei der Gewerbesteuer 2002 über 400 Mio. € Verluste hinnehmen müssen. Seit 1997 wurden die Kommunalfinanzen stetig gekürzt, bis 2002 in einer Gesamthöhe von ca. 1,4 Mrd. DM. Zusätzlich kommt es durch eine "gewaltige Fehlkonstruktion" (bayerischer Finanzminister Falthäuser) der Rot-Grünen-Steuerreform zu enormen Einnahmeausfällen bei

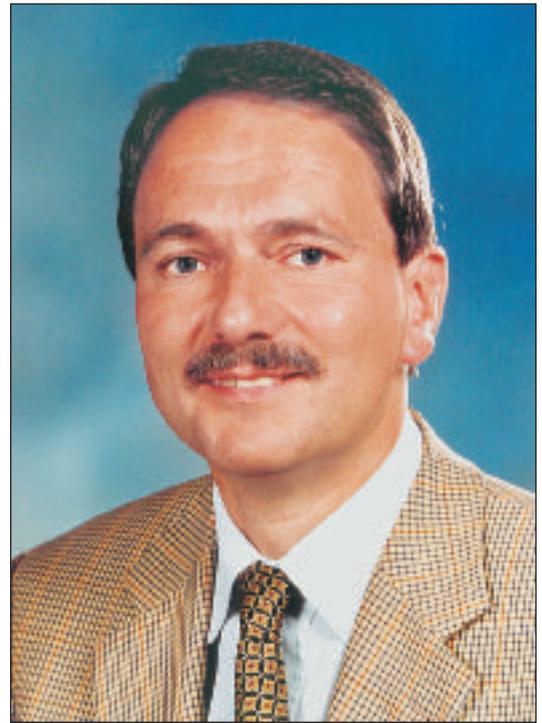
der Körperschaftssteuer und der Gewerbesteuer.

Was können wir tun? Das Gesamtvolumen des Landeshaushaltes beträgt zur Zeit ca. 10 Mrd. € und muss allein wegen der notwendigen Einhaltung der Maastricht Kriterien in den nächsten Jahren sinken

und nicht steigen. Bei einem Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben von 27,2 % stellt die Aufstellung eines auf Dauer finanzierbaren Personalkonzeptes einen Schlüssel zur Bewältigung der Krise dar.

Es ist im Landtag unumstritten, dass wir die Gesamtzahl der Ende 2001 ausgebrachten Planstellen und Stellen in Höhe von 68.368 Vollbeschäftigteneinheiten (VBE) auf ca. 60.000 zurückführen müssen. Mit einer Funktionalreform ist dieses möglich. Mit der Ankündigung dieses Schrittes ist nicht gesagt, dass die Landesbediensteten schlechte Arbeit leisten oder zu wenig tun. Die Landesregierung selber hat sie mit zum Teil unnötiger Doppelarbeit belastet. Komplizierte Entscheidungswege binden Personal, das besser eingesetzt werden könnte. Und wenn der Staat bestimmte Aufgabenbereiche nicht mehr durch Überregulierung quält, sind hier auch die "Aufpasser" nicht mehr nötig.

Eine tatsächliche Funktionalreform schafft eine größere Effizienz der Verwaltung und erhöht



die Motivation der Mitarbeiter, weil diese wieder auch selbst die Früchte ihrer Arbeit erkennen können und nicht mehr so viel für den Papierkorb arbeiten. Wenn die Personalausgaben zur Zeit ca. 2,7 Mrd. € umfassen, so stellt ein Einsparziel von 2 % an Personalkosten Freiräume für Wirtschaftsförderung, Bildung und Sicherheit in Höhe von ca. 54 Mio. € dar. Des weiteren müssen fragwürdige oder mangels Masse wenig wirksame Förderprogramme eingestellt werden. Dort wo Privatisierungen oder private Aufgabenerledigung die Effizienz steigern können und ordnungspolitisch zu verantworten sind, müssen wir diesen Weg konsequent gehen. Die CDU geht davon aus, dass auch angesichts der dramatisch zugespitzten Lage der Landesfinanzen, den Kommunen in ihrer Investitionstätigkeit vornehmlich mit der Gewährung einer kommunalen Investitionszuschüsse in Höhe von ca. 100 Mio. € geholfen wäre.

Also: Hartes Sparen ist angesagt, damit wir wieder Freiräume für eine zukunftsorientierte Politik erwirtschaften können.

Prof. Böhmer: "Wir kämpfen um eine strategische Mehrheit, um Rot-Rot zu verhindern"

Auftakt zur heißen Wahlkampfphase in Haldensleben

In einem Redemarathon schworen CDU-Spitzenkandidat Prof. Wolfgang Böhmer und weitere Redner der CDU die Unions-Anhänger in Sachsen-Anhalt auf einen Kampf um jede Stimme ein. Trotz guter Umfrageergebnisse müssten die Anstrengungen bis zum Wahltag fortgesetzt werden, forderte Prof. Böhmer am Dienstag nach Ostern in seiner Rede auf dem Marktplatz in Haldensleben. Böhmer zog wiederholt Vergleiche mit den anderen neuen Ländern, deren Entwicklung in den letzten acht Jahren deutlich besser gelaufen sei als in Sachsen-Anhalt.

Böhmer machte dafür eindeutig die verkehrte Politik von Ministerpräsident Höppner verantwortlich. Böhmer erinnerte daran, daß der mitteldeutsche Raum in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu den führenden Forschungs- und Industrielandschaften Deutschlands gezählt habe. Daran gelte es wieder anzuknüpfen. Den letzten Platz unter den Ländern bei vielen wichtigen Kennziffern der Entwicklung habe das Land nicht verdient. Deshalb müsse die Fortsetzung der Stagnationspolitik durch eine rot-rote Koalition unbedingt verhindert werden. Dazu brauche die Union eine strategische Mehrheit.

Der Brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm kam in seiner Rede auch auf das Zuwanderungsgesetz zu sprechen. Er stellte die Frage, warum die SPD-Regierung Sachsen-Anhalts diesem Gesetzentwurf zugestimmt habe. "Braucht Sachsen-Anhalt Zuwanderung, um die 20prozentige Arbeitslo-

sigkeit zu bekämpfen?", geißelte er die Parteitreue Höppners im Bundesrat, ohne auf die originären Interessen des Landes zu achten.

rote Laterne Sachsen-Anhalts aus. Er kenne Prof. Böhmer schon aus dessen Zeit als Finanzminister der ersten Legislaturperiode. In dieser Phase

zurück gefallen.

Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel setzte sich als Schlußredner ebenfalls mit einer möglichen SPD/PDS-Koalition in Sachsen-Anhalt auseinander. "Wo immer die PDS in einem Land etwas zu sagen hat, ist das Gift für Investoren", unterstrich Vogel mit Hinweis auf das Programm der PDS, in dem immer noch die Verstaatlichung der Großindustrie gefordert wird.

Zur Frage der Einwanderung sprach sich Vogel für offene Grenzen aus. Er verlangte jedoch von den Zuwanderern, daß sie "unsere Hausordnung respektieren". Parallelgesellschaften lehnte Vogel unter großem Beifall der etwa 200 Zuhörer in Haldensleben ab.

wik



CDU-Spitzenkandidat Prof. Wolfgang Böhmer gab beim Auftakt zur heißen Phase des Wahlkampfs die Richtung vor: Die CDU steht bereit, das Land aus der Sackgasse zu führen.

Der designierte Ministerpräsident von Sachsen, CDU-Chef Milbrandt, machte in Höppner und seinen Minderheitsregierungen unter Tolerierung der PDS den eigentlich Schuldigen für die

der Entwicklung sei Sachsen-Anhalt gleichauf mit Sachsen gewesen. Erst in den letzten acht Jahren hätten sich die Ostländer auseinander entwickelt und sei Sachsen-Anhalt sichtbar



Kindliche Erwartungen und unsolide Politik

Das Vertrauen der Menschen in die Politik ist besorgniserregend gering. Kaum eine Berufsgruppe besitzt weniger Glaubwürdigkeit als die kleine aber mächtige Schicht der Berufspolitiker.

Wie kommt das? Über diese wichtige Frage könnte man gut und gerne ein mehrtägiges Demokratie-Seminar füllen. Aber vielfach hat der Mangel an Glaubwürdigkeit gute Gründe.

Jedem fallen sofort einige treffende Beispiele ein, wie Politik gerade nicht gemacht werden darf.

Die scheinbare Rettung des Holzmann-Baukonzerns durch Kanzler Schröder vor knapp zwei Jahren. Als Medienspektakel perfekt inszeniert, aber ohne feste Grundlage und Perspektive.

Heute steht der Konzern wieder am Abgrund und die öffentlichen und vielleicht auch privaten Mittel sind verloren, eine Sanierung schier unmöglich. Dass von den täglichen Pleiten im Mittelstand kein Kanzler Schröder spricht geschweige denn Hilfe gewährt, kommt noch hinzu.

Das aktuelle Beispiel unseres Noch-Verkehrsministers Heyer mit der Bahn AG fällt in die gleiche Kategorie. Im Wahl-

kampffieber schnell noch einen milliardenschweren Vertrag der staunenden Öffentlichkeit und den betroffenen Arbeitnehmern präsentieren, so die durchschaubare Absicht. Geltendes Recht - für einen wahlkämpfenden Minister kein Hindernis.

nenden Volk, die Autobahn wird gebaut. Dass jedoch alle Voraussetzungen für diese Zusage fehlen, wen interessiert das schon vor einer Wahl. Schröder mahnt, die beteiligten Länder sollen sich gefälligst einigen und im übrigen entscheide der Bundes-

ihnen alle Wünsche zu erfüllen versprechen und für gekonnte Unterhaltung sorgen.

Niemand glaubt mehr an den Weihnachtsmann und den Osterhasen, aber die Politik soll ein nimmerversiegenderes Füllhorn ausschütten.



Kanzler Schröder und Ministerpräsident Höppner. Beide Sozialdemokraten stehen für viele leere Versprechungen: Schröder versprach, die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf 3,5 Mio. zu senken. Trotz Frühverrentung stieg die Zahl der Arbeitslosen zuletzt auf 4,3 Mio. an. Höppner versprach schon vor acht Jahren, die PDS zu entzaubern, Arbeitsplätze zu schaffen und der Jugend im Land eine Chance zu geben. Ergebnis: die PDS ist gestärkt, die Arbeitslosigkeit gestiegen und die Jugend muss sich durch Abwanderung in die westlichen Länder ihre Zukunft suchen.

Beispiel großes neues Fußball-Stadion in Magdeburg. Man möchte schleunigst wieder an die großen Fußballtage der 70er anknüpfen. Da braucht's eine große Arena. Wer schon keine Arbeit hat, soll wenigstens gepflegt Fußball erleben können. Das schöne Geld soll gefälligst das Land beisteuern, auch wenn's fast pleite ist.

Beispiel A 14 Magdeburg Richtung Schwerin. Der Kanzler verspricht dem stau-

tag erst in der nächsten Wahlperiode, wer weiß, ob ich dann noch Kanzler bin...

Diese Beispiele ließen sich mit Scharping und Spendenaffären noch mühelos verlängern und sie haben alle eines gemeinsam: die verantwortlichen Politiker versprechen dem erwartungshungrigen Wahlvolk mehr als sie mit gutem Gewissen auch verantworten können. Und Bürger und Medien lieben die Inszenierung von Politikern als Zauberer und Magier, die

Woher kommt dieser neue Wunderglaube, wo doch die Politik nur das verteilen kann, was vorher die Bürger selbst erarbeitet haben? Und obwohl alle das wissen (sollten), bejubeln und wählen die Bürger doch immer wieder gerade die Politiker, die sich am Besten aufs Theater spielen verstehen und das Paradies auf dieser Erde versprechen.

Aber das Paradies ist nicht von dieser Welt, über die es in der Heiligen Schrift nur heißt: "Im

Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brot essen." Das christliche Menschenbild der Union sollte Politikern und Wählern helfen, auf dem steinigen Boden der Tatsachen zu bleiben und sich mit mühsamen Reformschritten zu bescheiden. Heilslehren waren und sind dagegen Sache der Kommunisten aller Schattierungen und rechter Rattenfänger. Davon sollten im Blick auf das 20. Jahrhundert alle genug haben. wik

Kommunalpolitik bestimmt den Tagesablauf

Über die Arbeit eines Magdeburger Politikers

(J.H.) In seinen Heimatwahlkreis 13 kennen ihn viele. Wigbert Schwenke ist seit nunmehr zwölf Jahren eine feste Größe in der Kommunalpolitik der Landeshauptstadt. Bekannt ist der Einundvierzigjährige besonders durch seinen Einsatz in dem, von ihm mitbegründeten Bürgerverein "Bürger für Ottersleben e.V." geworden.

Aktiv arbeitete er seit den neunziger Jahren in einer Vielzahl ehrenamtlicher Funktionen mit. So gehört der bekennende Christdemokrat seit 1994 dem Fraktionsvorsitzenden seiner Partei im Stadtrat an, ist dort auch Vorsitzender des Ausschusses für Bürgerinitiativen und Petitionen sowie stellvertretender Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses. Bereits seit 1993 hat er den Vorsitz des Kreisverbandes der CDU-Sozialausschüsse inne. Auch als 1. Vorsitzender des Sportvereins VfB Ottersleben

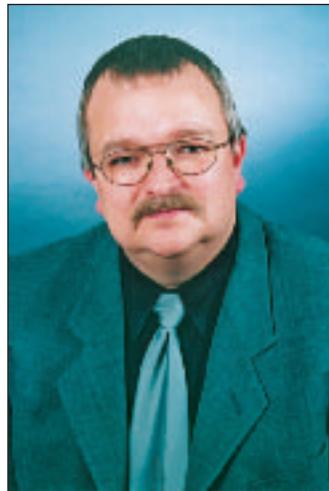
arbeitet er aktiv in seiner Freizeit mit. Manchmal - eigentlich immer - ist es schwierig, alle Terminalsachen und -wünsche unter einen Hut zu bekommen bekennt er freimütig. Füllt doch die Masse dieser Aufgaben den hauptberuflich bei den Städtischen Werken Magdeburg Beschäftigten zumeist bis in die späten Abendstunden

vollständig aus. Jetzt hat er sich das hohe Ziel gestellt, sich als Bewerber für ein Landtagsmandat den sicher nicht immer bequemen Fra-

gen der Einwohner in seinem Wahlkreis zu stellen. In den nächsten Wochen bis zum 21. April wird wohl das Familienleben des ehrenamtlichen Stadtrates noch kürzer als bisher ausfallen.

Auch der Sportverein wird dann seinen 1. Vorsitzenden selten zu Gesicht bekommen. Zahlreiche Wahlkreisveranstaltungen, Aufklärung über seine ganz persönlichen Wahlziele auf den vielen, terminlich bereits festgeschriebenen Straßenwahlkampfveranstaltungen und das Auseinandersetzen mit Argumenten der Bevölkerung und der Mitbewerber in seinem Wahlkreis, sind auch im Familien-Freizeitplan schon einprogrammiert. Diskussionspunkte in seinen Wahlkampfveranstaltungen sind für ihn dabei besonders wirtschaftliche und Arbeitsmarktprobleme, eine verlässliche Finanzierung der kommunalen Pflichtaufgaben, bildungs- familien- und

jugendpolitische Fragen aber auch Sicherheitsprobleme. So stehen Fragen der weiteren Entwicklung der Infrastruktur mit dem Weiterbau



der A14 nach Norden, dem Hafenausbau und der Entwicklung des Wasserstraßenkreuzes Magdeburg sowie die Verbesserung der Flug- und Bahnanbindung der Landeshauptstadt ganz weit oben auf der Prioritätenliste seiner wirtschaftlichen Zielstellung. Mit den Worten: "Wer arbeitet muss besser gestellt sein als ein Sozialhilfeempfänger" ist wohl seine Einstellung auch zur Angleichung der Lebens-

verhältnisse zwischen Ost und West deutlich beschrieben.

Abitur nach zwölf Jahren, bundeseinheitliches Familiengeld von 600 € je Kind und Monat, gezielterer Einsatz von ABM für ältere Arbeitnehmer und soziale Zwecke sind nur einige weitere Stichpunkte, zu denen Wigbert Schwenke punktgenaue

Vorschläge und Vorstellungen hat. Natürlich will der Kommunalpolitiker mit Leib und Seele auch im Falle eines Wahlsieges und damit

eines Landtagsmandates weiterhin in der Stadtpolitik mitarbeiten. Aber auch viele Probleme bei der weiteren Ausgestaltung und Entwicklung seines Heimatstadtteils Ottersleben beschäftigen den Stadtverordneten sicher weiterhin.

Sollten Sie Wigbert Schwenke in den nächsten Wochen einmal zwischen Lemsdorf, Ottersleben, Sudenburg und Stadtfeld in der Beimssiedlung oder auf der Großen Diesdorfer Straße treffen, für Ihre Fragen hat der bürgernahe Politiker bestimmt nicht sofort eine Lösung aber sicher ein offenes Ohr.

"Wertebestimmtheit setzt sich gegen Beliebigkeit durch!"

50 JAHRE EAK

Als der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Jochen Borchert, in seiner Einladung zum 50-jährigen Bestehen des EAK schrieb: "Lassen Sie uns diesen Anlass zu einem Fest protestantischen Bekenntnisses in der CDU/CSU werden" ahnte niemand, dass dieser Wunsch über alle Maßen erfüllt werden sollte.

Weit über 2000 Menschen kamen in die überfüllte Siegerlandhalle, um sich beim Festakt zusammen mit Bundespräsident a.D., Roman Herzog, der Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands, Angela Merkel, Altbundeskanzler Helmut Kohl, dem Ratsvorsitzenden der EKD, Manfred Kock, und vielen anderen Vertretern aus Politik und Kirche, an die Wertebestimmtheit christdemokratischer Politik zu erinnern.



Wigbert Schwenke mit seiner Frau Andrea, die ganze Familie zieht mit ihm an einem Strang.

Magdeburg braucht neuen Beigeordneten für Schule, Kultur und Sport

Sieben Jahre hat der derzeitige Beigeordnete Dr. Koch Zeit gehabt, seine Ideen auf den Feldern Schule, Kultur und Sport umzusetzen. Hat er seine Zeit gut genutzt?

Was ist aus den zahlreichen Ankündigungen geworden?

Wo ist der Magdeburger Kultursommer als ständige Einrichtung?

Was wird aus dem Pantheon, was aus dem Telemann?

Erinnern wir uns an die Strukturdebatte zur Neuordnung der Magdeburger Theaterlandschaft als wegweisend oder als lähmend? Wird in der Hyparschale eine Eisbahn errichtet? Ja, und was wird aus dem Magdeburger Sport? Können Sie sich noch an die im Sand verlaufende WM-Bewerbung erinnern?

Die Planungen um einen Neubau des Magdeburger Fußballstadions sind ein besonderes Trauerspiel. Mehrfach behauptete Dr. Koch, Fördermittelzusagen der Landesregierung zum Bau einer Fußballarena mit 25.000 Plätzen sicher zu haben.

Die Landesregierung hat dem gegenüber in den Ausschüssen des Landtages von Sachsen-Anhalt immer wieder glaubhaft dargelegt, nie ihrerseits eine Fördermittelzusage dieser Art gegeben zu haben. Nennt man dieses Verhalten Fehlinformation, Falschinformation oder bewußte Irreführung der Öffentlichkeit?

Die Stelle eines Beigeordneten für Schule, Kultur und Sport ist ausgeschrieben. Es wird Zeit, dass die Stadträte eine kompetente Persönlichkeit wählen.

Jürgen Scharf MdL

Stoiber bei den Nachwuchskickern

Auf Einladung der CDU Landtagskandidatin Eva Wybrands besuchte der Kanzlerkandidat der CDU, Edmund Stoiber, den Förderverein des 1. FC Magdeburg und zollte damit den in der Jugendarbeit ehrenamtlich tätigen Vereinen Anerkennung. Vor einem großen Pres-

sauferbot stellte er sein sportliches Können unter Beweis: im Wettstreit mit den Nachwuchstalenten konnte er den ersten Treffer auf die Torwand erzielen. Er zeigte sich beeindruckt von der hervorragenden Nachwuchsförderung und versprach, der Aufforderung von

Eva Wybrands nachzukommen und diesen positiven Eindruck auch weiterzugeben. Nach einer kurzen Fachsimplerei mit Bernd Heinemann, den er zuvor sehr herzlich begrüßt hatte, mußte Herr Stoiber weiter zum nächsten Termin.



Herzliche Glückwünsche!



April

Irmgard Heyde zum 83. Geburtstag
Horst Rogat zum 82. Geburtstag
Melitta Schlehf zum 81. Geburtstag
Dr. Ullrich Starkloff zum 78. Geburtstag
Anneliese Himmel zum 77. Geburtstag
Fauke Steinbömer zum 70. Geburtstag
Horst Hollubetz zum 69. Geburtstag

Mai

Magdalena Ruden zum 80. Geburtstag
Wilhelm Schmidt zum 75. Geburtstag
Günther Hoff zum 74. Geburtstag
Herbert Zeitler zum 73. Geburtstag
Paul Hesse zum 70. Geburtstag
Günther Szomm zum 67. Geburtstag
Prof. Dr. Hans-Karl Iben zum 66. Geburtstag

Juni

Heinz Peters zum 87. Geburtstag
Kurt Stieler zum 82. Geburtstag
Ruth Witt zum 81. Geburtstag
Joachim Vogt zum 72. Geburtstag
Sigrid Epperlein zum 67. Geburtstag

Stadtrat Gerhard Ruden will es wissen

Der frühere Bürgerrechtler kandidiert gegen Ministerpräsident Höppner

Drei Wochen vor einer Landtagswahl, die wie keine andere seit 1990 die weitere Entwicklung des Landes prägen wird, sehen Meinungsumfragen die PDS mit 25% als zweitstärkste politische Kraft im Lande und die SPD mit nur 24% auf der Verliererseite.

Spiegelt sich vielleicht darin die von grün-rot propagierte Entzauberung der PDS wieder? Danach sollte die PDS am Wahrnehmen politischer Verantwortung gemessen werden und so die volksnähere Politik von SPD und Grünen in um so hellerem Licht erscheinen.

Welch ein Irrtum der Polit-Gurus Tschiche und Höppner!

Das Gegenteil hat sich herausgestellt: Der Wähler honoriert nicht etwa die SPD oder gar die Grünen, die mit ihrem Magdeburger Modell die PDS haben mitbestimmen lassen, sondern weisen die Verantwortung für die miserable Situation des Landes offenbar allein der für das Magdeburger Modell verantwortlichen Regierungspartei SPD zu. Wer hat sie denn nun zu verantworten, die desolante Bilanz des Landes nach 8 Jahren rot-grünrot?

Offenbar hat es die seit 1994 mitregierende PDS sehr geschickt verstanden, ihre Mitverantwortung für den katastrophalen Zustand im Land Sach-

sen-Anhalt zu kaschieren.

Es sei daran erinnert, dass kein einziges Vorhaben der SPD-Minderheitsregierungen seit 1994 ohne die ausdrückliche Zustimmung der PDS verwirklicht worden wäre. Die katastrophale Wirtschaftspolitik, die jedes Jahr tausende junger Menschen infolge der Arbeitsplatz-Vernichtung in andere Bundesländer treibt, konnte nur umgesetzt werden, weil die PDS-Fraktion im Landtag zu jedem Zeitpunkt die SPD-Wirtschaftspolitik stützte.

Eine mittelstandsvernichtende Wirtschaftspolitik wurde mit ausdrücklicher Unterstützung der PDS durchgesetzt. Das dreizehnte Schuljahr wäre ohne PDS-Stimmen nie in Sachsen-Anhalt eingeführt worden. Am Millionengrab Flughafen Cochstedt schippten PDS-Politiker eifrig mit, ebenso an der Landesvertretung Möwe in Berlin.

Diese Aufzählung ließe sich über acht Jahre hinweg fortsetzen - oder ist irgendjemandem ein Beispiel bekannt, wo die PDS die Minderheitsregierung des Herr Höppner in Richtung Wirtschaftsfreundlichkeit, Abbau von Bürokratie und Schuldenabbau gedrängt hätte?

Wenn nun die Wähler für die Roten Laternen Sachsen-Anhalts ausschließlich die SPD

mit Stimmennutzung abstrafen wollen und dabei die Verantwortung der PDS für die miserable Lage und Stimmung im Lande ignorieren, dann deutet dies darauf hin, dass die Rolle und Verantwortung der PDS an der Misere des Landes nicht erkannt wird.

Bleibt die Frage nach dem "Weiterso", wenn es für eine SPD/PDS-Koalition reicht oder ob es bei der SPD doch ein Umdenken in punkto PDS gibt.

Wieweit will sich die SPD eigentlich noch einer Partei andienen, die sich ihr als natürlicher Bündnispartner anempfiehlt und dabei ein Wahl-Prozent nach dem anderen abnimmt?

Schließlich ist dann der Vereinigungspartei nicht mehr weit und der "geschichtliche Fehler" mit der gewaltsamen Vereinigung von KPD und SPD 1946 könnte endlich korrigiert werden.

Ob dann die Folgen ähnlichen nach 1946 sind?:

Wirtschaftliche Vernichtung des



Mittelstandes, Massenabwanderung der Menschen, wirtschaftliche Stagnation, letztendlich die Pleite eines ganzen Staates. Zur Erinnerung: Der von Moskau befohlene Vereinigungsparteitag von SPD und KPD fand am 21. April 1946 statt.

Genau 56 Jahre später können die Wähler in Sachsen-Anhalt im Jahre 2002 entscheiden, ob SPD und PDS nun auch offiziell gemeinsam regieren sollen.

Der Mittelstand kämpft bereits jetzt um das wirtschaftliche Überleben, die Menschen wandern ab und wie ein dafür abgestrafter SPD-Politiker sagte - ist das Land fast pleite.

Gerhard Ruden

RCDS Magdeburg mit neuem Vorstand

Vorsitzender:

Christian Köhler

Stellvertreter und Schatzmeister:

Christoph Schott

Stellvertreter und Pressesprecher:

Daniel Gerlich

Beisitzer:

Veronika Hercher,

Christoph Löffler

Der RCDS Magdeburg will die

Union kritisch begleiten und die Christdemokratie an den Hochschulen weiter verankern. Vorsitzender Christian Köhler sieht große Chancen für den RCDS, mit einem guten Mix aus öffentlichen Veranstaltungen, Servicedienstleistungen für die Studenten und attraktiven Treffen intern die Meinungsführung unter den Studenten zu gewinnen und der Union langfristig zu qualifizier-

tem Nachwuchs zu verhelfen. Dabei soll die Einrichtung eines eigenen Büros ab Sommer helfen.

Der gesamte Vorstand bittet im Namen des RCDS Magdeburg deshalb auch um Unterstützung bei der Ausstattung des Büros. Interessenten melden sich bitte per E-Mail unter rcds-magdeburg@gmx.de oder hinterlassen eine Nachricht in der CDU-Geschäftsstelle.

Im nächsten Semester soll dann die Internetpräsenz mit Wohnungs- und Bücherbörse für Studenten eröffnet werden, dazu stehen www.buecherboerse.org und studentenbude.org zur Verfügung. Leider ist das nicht kostenlos, sondern wir sind bei unserer Arbeit auch auf Ihre Spenden angewiesen und würden uns sehr über Ihre Unterstützung freuen!

Späth und Ludew

CDU-Prominente glänzten mit neuen Definition



Prof. Dr. h. c. Lothar Späth, Vorsitzender des Vorstandes der JENOPTIK AG, in Magdeburg:

- „Ein Mittelständler ist eine Frau oder ein Mann, der oder die morgens schweißgebadet aufwacht ...“
- „Wir müssen endlich aufhören, den Menschen schöne Unwahrheiten zu sagen und endlich beginnen, ihnen die unschönen Wahrheiten zu erklären!“



rechts im Bild:
Gert Hohlwein, Geschäftsführer beim WIRTSCHAFTS-SPIEGEL, dem Wirtschafts-magazin für Sachsen-Anhalt, fand den passenden Einstieg für eine gleichermaßen trockene wie auch fesselnde Rede, die bei den Gästen der Veranstaltung eine Mischung aus Nachdenklichkeit und Heiterkeit auslöste :
„Sehr geehrter Herr Professor Späth, ich habe vergeblich versucht, im Internet eine verbindliche Information zu finden, wie eigentlich ein Mittelständler definiert ist...“



Bestellen Sie die den Live-Mitschnitt der gesamten Rede von Lothar Späth in Magdeburg

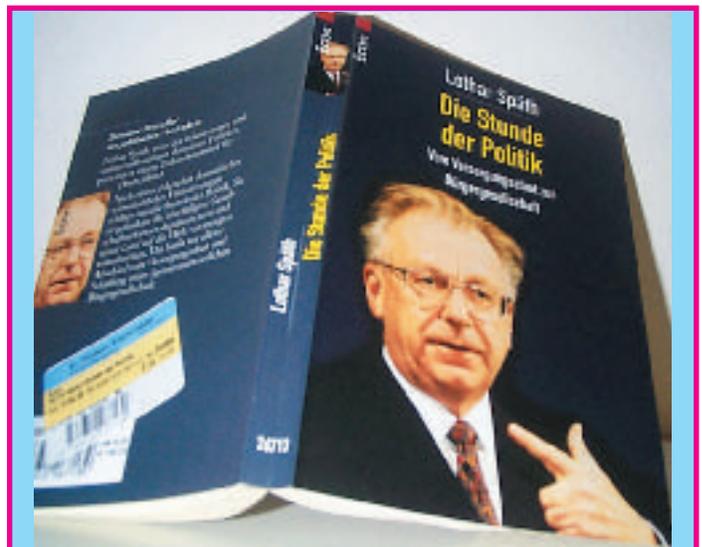
a) digital auf CDR oder
b) auf MC
zum Einzelpreis von
9,95 EUR

telethek - elektronik GmbH Bürotechnik
Tel: (0391)7 23 32 29
Robert-Koch-Str. 3, 39108 Magdeburg



Verkauf, Verleih, Service

**Büro-, Computer-, Präsentations- und
Multimedia-Technik**



Der neue Bestseller des politischen Vordenkers

Lothar Späth, einer der bekanntesten und unkonventionellsten deutschen Politiker, präsentiert seinen Zukunftsentwurf für Deutschland.

Nach einem Jahrzehnt dramatischer wirtschaftlicher Veränderungen schlägt nun die Stunde der Politik. Sie ist gefordert, die überfälligen Gesellschaftsformen durchzusetzen und unser Land auf die Welt von morgen vorzubereiten. Das heißt vor allem: Abschied vom Versorgungsstaat und Schaffung einer eigenverantwortlichen Bürgerschaft.

Econ, ISBN 3-612-26713-2

7,95 EUR

Bestell-Hotline: 01 79- 120 17 99

Ludwig in Magdeburg

Themen für „Wirtschaftspolitik“ und „Mittelstand“

„Wer glaubt, es sei die Aufgabe von Wirtschaftspolitik, Fördermittel aus Europa, von Bund, Land und Kommunen gerecht zu verteilen, verkennt die Verantwortung von Politikern und hat eine falsche Erwartungshaltung! Wir müssen die Ziele von Wirtschaftspolitik neu definieren, um unseren Unternehmen tatsächlich einen Nutzen zu erbringen.“

Der Unternehmerstammtisch im Hause von Gerhard Mette (Abtshof) am 19. März hatte den Staatssekretär a. D., Dr. Johannes Ludewig als Ehrengast eingeladen.

Ludewig formulierte in außerordentlich sachlicher Art und Weise seine Kritik an den Verfehlungen von Wirtschaftspolitik in Bund und Land und hielt seine Vorstellungen zu den Schwerpunkten effizienter Wirtschaftspolitik dagegen. Dabei betonte er u.a. die Notwendigkeit günstiger Rahmenbedingungen für Investoren, forderte den Abbau staatlicher Reglementierungen für Unternehmer und machte deutlich, dass zukünftig allein mehr Raum für unternehmeri-



Dr. Johannes Ludewig vor den Mitgliedern des traditionellen Abtshof-Stammtisches: „Wir müssen Wirtschaftspolitik völlig neu definieren!“

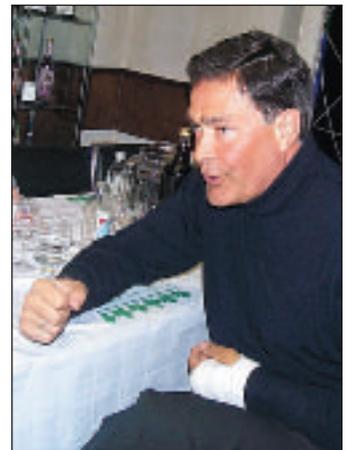
schersches Engagement den zu erwartenden Rückgang an finanziellen Hilfen durch den Staat ersetzen könne.

Der Unternehmerstammtisch bei Abtshof, eine regelmäßige Zusammenkunft von Führungskräften aus der Wirtschaft und politisch interessierten Persönlichkeiten hatte seine Wurzel schon weit vor der Wende.

„Nach der Deutschen Vereinigung verlagerte sich der Schwerpunkt des Veranstaltungskalenders auf Themen, die zum Erfahrungsaustausch

zwischen Wirtschaft und Staat, zwischen Ost und West, beitragen sollten“, berichtet Gerhard Mette, der in seinem Unternehmen nicht nur den gemütlichen Rahmen für die Kommunikation bietet, sondern als Organisator auch maßgeblich Einfluß auf die inhaltliche Ausrichtung der Stammtische nimmt. Am 25. April wird Dr. Peters vom Stadtplanungsamt die Stammtischler über die städtebauliche Entwicklung der Landeshauptstadt informieren, am 30. Mai soll der kürzlich als neuer Wirtschaftsdezernent der Landeshauptstadt gewählte Dr. Puchta zu Wort kommen.

ABTSHOF selbst - die traditionsreiche Magdeburger „Spezialtätendestillerie“ - will auch in Zukunft sein Hauptstandbein im regionalen Umfeld behaupten. Mit dem Umbau des Hauses ist u.a. die Errichtung eines Besucherzentrums in Vorbereitung. Damit soll nicht nur der Bekanntheitsgrad der hochwertigen Produkte von Abtshof erhöht werden, sondern gleichzeitig ein zusätzlicher touristischer Anziehungspunkt in der Landeshauptstadt entstehen, informierte Geschäftsführer Gerhard Mette.



Dr. Ing. Klaus Hieckmann (IHK) teilte die Auffassung von Dr. Johannes Ludewig zu den notwendigen wirtschaftlichen Veränderungen in der Landes- und Bundespolitik. Er lobte gleichermaßen den Stil des Ehrengastes als „kulturvolle Auseinandersetzung“ des Staatssekretärs a. D.



Gerhard Mette, Abtshof-Geschäftsführer, übergibt Dr. Johannes Ludewig ein Präsent. Der Staatssekretär a. D. und Ex-Bahnchef, neuerdings als beratender Wirtschaftsfachmann an der Seite von Spitzenkandidat Böhmer, erhielt eine Kostprobe des Likörs „Otto-von Guericke“, der zu Ehren des Magdeburger Jubilars in limitierter Auflage gebrannt wurde.



Auch Peter Fechner, Geschäftsführer der Flughafen Magdeburg GmbH, zeigte sich angetan von den Worten, die Dr. Johannes Ludewig anlässlich des Unternehmerstammtisches in der Magdeburger Spezialitäten-Destillerie an die Abtshof-Stammgäste richtete.

Flugplatz Magdeburg

Die CDU-Fachausschüsse Stadtentwicklung und Wirtschaft haben sich am 9. April erneut mit der Frage des Ausbaus des Magdeburger Flugplatzes befasst. Hintergrund der Sitzung war die Vorlage einer Kurzstellungnahme von Prof. Rothen-gatter und Dr. Mandel im Auftrag des Verkehrsministeriums.

Im Gegensatz zur Darstellung in der Öffentlichkeit kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, dass der geplante Ausbau des Flugplatzes Magdeburg die wirtschaftlichste Alternative ist. Für den Standort Cochstedt wird festgestellt, dass eine Wirtschaftlichkeit unter normalen Entwicklungsbedingungen nicht erreicht werden kann. Dennoch verlangen die Gutachter nicht die sofortige Aufgabe des mit 90 Mio. DM öffentlichen Mitteln ausgebauten Flughafens. Vielmehr plädieren sie dafür, mit Nachdruck Cochstedt als attraktiven Gewerbestandort zu vermarkten. Dies entspricht auch den Zielen der Landesplanung, wo Cochstedt nie als Flughafen für Passagierverkehr vorgesehen war. Zusammenfassend erklärte der Vorsitzende Wilfried Köhler : **Es werden die Bemühungen zur weiteren Vermarktung des Standortes Cochstedt als Gewerbe- und Industriegebiet mit Flugplatz für flughafenaffines Gewerbe akzeptiert .**

Die CDU Magdeburg hält entschieden fest an den Ausbauplänen für den Standort Magdeburg-Süd. Nur mit einem Ausbau kann den ab 2005 geänderten gesetzlichen Anforderungen Rechnung getragen werden.

Magdeburg-Süd ist ein stadtnaher Flugplatz, der als einziger die Anforderungen eines Regionalfugplatzes.

Er muss auch deshalb ausgebaut und erhalten werden, weil die Region Magdeburg seit 1998 vom Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn fast vollständig abgehängt ist und nun nicht noch im Flugverkehr den Anschluss verlieren darf.

Magdeburger Elbröwer mit Herz und Seele

So oder ähnlich könnte man Dieter Steinecke kurz beschreiben. Doch wird man damit sicher nicht seiner ganzen Persönlichkeit gerecht. Seit seiner Geburt (1944) ist sein Leben fest mit Magdeburg verwoben. Nach seiner Ausbildung zum Dipl.-Ingenieur (FH) für Maschinenbau war er jahrelang im Bereich der Wärmeversorgung tätig. Bereits seit 1976 ist er Mitglied der CDU. Immer an seiner Seite standen seine Frau Anita und seine beiden Töchter. Inzwischen ist er auch stolzer Großvater. Mit der politischen Wende begann sein Weg in der Magdeburger Kommunalpolitik. Von 1990 bis 1994 bekleidete er das Amt des Bürgermeisters und Stadtrats für Personal und Recht der Landeshauptstadt Magdeburg. Im Anschluß (1995-2001) hatte er die Position des Beigeordneten für Umwelt, Wirtschaft und allg. Verwaltung in Magdeburg inne.

Für seine außergewöhnlichen persönlichen Leistungen erhielt er vom Oberbürgermeister den Ehrenring der Landeshauptstadt Magdeburg. Aus der Laudatio zur Übergabe möchte ich auszugsweise an dieser Stelle zitieren.

Als Mann der ersten Stunde, gehörten Sie zu den demokratischen Kräften Magdeburgs, mit dem Wunsch und dem Willen zur politischen Veränderung um dem Mut, Verantwortung für eine neue Stadtverwaltung zu übernehmen.

Einer demokratischen, modernen Stadtverwaltung, deren Aufbau die eigentliche Arbeitsanstrengung nach der Wende war, widmeten Sie ihre ganze Kraft.

Sie, Herr Steinecke, arbeiten mit Optimismus und Engagement in der Stadtverwaltung an der Lösung dieser Aufgabe mit. Kollegen erinnern sich an einen Beigeord-

neten, der kaum krank war und wenig Urlaub nahm. Zu ihren Verdiensten gehören ein leistungsfähiges Abfallwirtschaftskonzept mit einem Eigenbetrieb und dessen zuverlässigen, weiter wachsenden Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Das erste Wirtschaftsleitbild der Landeshauptstadt Magdeburg, die Installierung einer kommunalen Arbeitsförderung mit den dazu gehörenden städtischen Gesellschaften oder die Entwicklung des Bürgerbüros West als Pilotprojekt zählen zu den wichtigsten Neuerungen Ihrer Amtszeit. Besonders würdigen möchte ich Ihr Engagement für die zahlreichen Ausbildungsinitiativen, die gemeinsam mit dem Arbeitsamt, den Kammern und Wirtschaftsverbänden tausenden Schulabgängern in Magdeburg einen beruflichen

vor allem an den Menschen unserer Stadt und ihren persönlichen Sorgen interessiert. Bei unzähligen Veranstaltungen vertraten Sie die Landeshauptstadt, insbesondere in ihrem Ehrenamt als Vorsitzender des Kreisvorstandes des Volksbundes Dt. Kriegsgräberfürsorge und bei den Kranzniederlegungen und Totengedenken am 16. Januar oder zum Totensonntag. Ihre ganz persönliche Anteilnahme galt der Sportstadt Magdeburg. In Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender des Stadtsportbundes engagierten Sie sich für die Belange des Breitensportes ebenso wie für die erfolgreichen Leistungssportler Magdeburgs.

Ich möchte Ihnen für die 11 Jahre Ihres Wirkens um das Wohl der Landeshauptstadt Magdeburg danken.

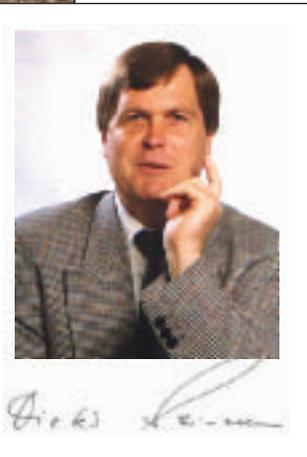
Der Stadtrat beschloss, Ihnen für ihre Verdienste um die Entwicklung unsere Stadt den Ehrenring der Landeshauptstadt Magdeburg zu verleihen. Es ist, seit Bestehen der Satzung, die zweite Verleihung und ich komme dieser Aufgabe sehr gerne nach.

Diesen Worten ist eigentlich

nicht mehr viel hinzuzufügen. Es freut mich persönlich sehr, dass Herr Steinecke seine Erfahrung und Schaffenskraft in die Arbeit des Landtages einbringen will. Seiner

Kandidatur, für den Landtag von Sachsen-Anhalt, kann man nur den besten Erfolg wünschen, damit Magdeburg eine weitere starke Stimme im Landtag hat.

Tobias Krull



Start ermöglichen.

Die Sanierung historischer Parkanlagen, touristische Radwege, die Schiffsmühle am Petriförder, die Neugestaltung der Elbuferpromenade und

die Rekultivierung vieler Friedhöfe in Magdeburg gehörten zu einem Arbeitsförderungsprogramm, dass das gute Zusammenwirken der in ihrem Dezernat zusammengeführten Ämter und Eigenbetriebe widerspiegelte.

Als Magdeburger waren Sie

"Entsolidarisierung und Zweiklassen-Medizin?"

Wieviel Sicherheit sind wir uns gegenseitig schuldig"

Wieviel Sicherheit sind wir uns gegenseitig schuldig", unter diesem Titel veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungszentrum Schloß Wendgräben am **Freitag, 12. April 2002 von 19.00 - 21.15 Uhr** ein politisches Streitgespräch. Folgende Gesprächspartner haben Ihre Teilnahme zugesichert:

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer MdL, Wittenberg
Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Prof. Dr. Dieter Schimanke, Magdeburg
Staatssekretär im Ministerium Arbeit, Frauen, Gesundheit und

Soziales des Landes Sachsen-Anhalt

Cornelia Pieper MdB, Halle
FDP-Generalsekretärin

Die Veranstaltung wird durch Jürgen Fremmer, VdAK Sachsen-Anhalt moderiert.

Das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in großen Schwierigkeiten. Leider werden nur Teillösungen präsentiert, anstatt eine grundlegende Reform herbeizuführen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung lädt deshalb zum gesundheitspolitischen Streitgespräch unter dem Titel "Entsolidarisierung und Zweiklassen-Medizin? - Wieviel Sicherheit sind wir uns

gegenseitig schuldig", ein, um eine Bestandsanalyse durchzuführen, die vielleicht schon einige Gedanken für eine grundlegende Gesundheitsreform beinhaltet.

Bringt die zunehmende Alterung der Bevölkerung einerseits und der sicher nicht preiswerte medizinische Fortschritt andererseits - so positiv beide Faktoren sind - eine Explosion der Kosten im Gesundheitswesen mit sich? Gibt es Wege, die Beibehaltung des Solidarsystems auf einem hohen Niveau an medizinischer Betreuung zu garantieren? Die Politik ist gefordert, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.

Nicht alle Reformen werden schmerzlos sein. Bei offener Darlegung der Probleme von Seiten der Politik und aller beteiligten Akteure kann mit der Zustimmung breiter Kreise der Bevölkerung gerechnet werden. Voraussetzung ist eine ehrliche Bearbeitung der

Thematik und der Reformen, die zukunftsgerichtet umgesetzt werden, ohne den im Mittelpunkt stehenden Patienten zu vergessen.

Veranstaltungsort:
Bildungszentrum Schloß Wendgräben
Wendgräbener Chaussee 1
39279 Wendgräben

Fragen zur Veranstaltung:

Elke Gensch, Zerst
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Schloß Wendgräben
Wendgräbener Chaussee 1
39279 Wendgräben
Tel.: 039245 / 952-351, Fax: 039245 / 952-366
e-mail: zentrale-wendgraben@kas.de

CDU

DIE SACHSEN-ANHALT PARTEI



Sehr geehrte Damen und Herren,

neben der vielfältigen politischen und moralischen Unterstützung, die wir in dieser, auch für den CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt nicht einfachen Zeit erfahren, bedarf es gerade jetzt finanzieller Hilfe.

Wir als CDU Sachsen-Anhalt stehen für den notwendigen politischen Umbruch, den unser Land so dringend braucht. Um als Partei aber entsprechend präsent zu bleiben und die notwendigsten Arbeitsstrukturen aufrecht zu erhalten, brauchen wir Ihre Hilfe.

Deshalb würden wir uns freuen, wenn auch Sie uns unterstützen können:

Spendenkonto:

CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Vereins- und Westbank AG Magdeburg
BLZ: 200 300 00

Kontonummer: 290 002 99

Bitte geben Sie bei Ihrer Spende auch Ihren Namen und Ihre vollständige Anschrift an, damit wir Ihnen eine Spendenquittung zusenden können. Benutzen Sie hierzu bitte das Feld "Verwendungszweck" auf dem Überweisungsträger.

Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung.

Wolfgang Böhmer
CDU-Landesvorsitzender

Irreführung zu Finanzierungsmöglichkeiten eines Stadionbaus in Magdeburg?



Zum Streit um Finanzierungsmöglichkeiten einer Magdeburger Fußballarena äußert sich der Magdeburger Landtagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Jürgen Scharf, wie folgt:

"Es ist ein Stück aus dem Tollhaus, wie der Magdeburger Beigeordnete Rüdiger Koch (SPD) permanent Stadtrat und Magdeburger Öffentlichkeit über Finanzierungsmöglichkeiten und angebliche Zusagen zur finanziellen Förderung in die Irre führt. Verschiedene Nachfragen meinerseits, die als schriftliche Antwort der Landesregierung vorliegen, oder protokollierte Äußerungen der stellvertretenden Ministerpräsidentin Frau Dr. Kuppe belegen, dass es seitens der Landesregierung nie eine Fördermittelsusage für eine Magdeburger Fußballarena gegeben hat. Die Äußerung des Beigeordneten Koch, dass im Mai 2001 davon ausgegangen werden musste, "dass das Land zu seinen mehrfachen Fördermittelszusagen steht", kann nur als Schutzbehauptung bewertet werden. Alle Aussagen der Landesregierung sprechen dage-

gen. Es drängt sich damit der Verdacht auf, dass im Vorfeld der Oberbürgermeisterwahl die Magdeburger Öffentlichkeit bewusst in die Irre geführt wurde. Nachdem sich nun diese Pläne für eine Fußballarena in Luft aufgelöst haben, ist ein großer Schaden für den so notwendigen und zügigen Sportstättenbau in Magdeburg entstanden. Auf der Sitzung des Stadtrates am 7. 2. 2002 hat der Beigeordnete den Stadtrat wieder wissentlich falsch informiert. Damit ist er für ein politisches Wahlamt untragbar geworden. Um nicht weiteren Schaden auf die Stadt zu ziehen, fordere ich die Stadträte auf, die Chance der erfolgten Ausschreibung zu nutzen und schleunigst einen neuen, kompetenten Beigeordneten zu wählen."

Den eigenen Balken vor dem Kopf nicht gesehen

SPD-Korruptionsaffäre:

Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl wandte sich in einer Fernsehansprache an die Öffentlichkeit und gab den Empfang nicht verbuchter Spendengelder zu. Er hatte den Spendern sein Wort gegeben, ihren Namen nicht zu nennen. Er gestand ein, dass er damit einen Fehler begangen habe, den er bereue, aber seines gegebenen Wortes wegen nicht korrigieren könne und wolle.-

Als Privatmann erbrachte er über eine Million DM an Bußgeld und Schadensersatz (für die eigene Partei).

Und die SPD, die heute die Schlagzeilen nicht nur wegen anonym gehaltener Spender, sondern wegen handfester Bestechung und Korruption füllt, sie wird nicht müde zu betonen, dass hier ein Schaden für die gesamte Politik entstehe, weswegen sich die CDU mit Schuldzuweisungen zurückhalten möge. - Die CDU geißelt nicht.

Aber die Botschaft der Sozialdemokraten hör' ich wohl, doch ist es nicht auch die Nachtigall, die ich da tappen höre:

Erinnern wir uns noch, wie die Sozialdemokraten (500 Mio. DM Parteivermögen!) unseren Altkanzler gehetzt und gejagt haben? Wie eine blutrünstige Meute das angeschossene Wild. Vor keiner Diffamierung sind sie zurückgeschreckt, ein Untersuchungsausschuss mit einem eigenen (verfassungswidrigen) Untersuchungsführer musste her, der im Kanzleramt Altbestände zu erschnüffeln suchte. Der ehemalige Straftäter Ströbele spielte sich allabendlich vor einer schlagzeilengeilen Medienka-

merilla als oberste Moralinstanz dieser Republik auf (vom Saulus zum Paulus?). Abseits jeder ernsthaften Diskussion und geschichtlichen Wahrheit wurde ein Bestechungsszenario entworfen um "den Fall Elf Aquitaine" - nichts dran außer heißer Luft und dem untauglichen Versuch, eine herausragende deutsche Persönlichkeit zu zerstören - weil man sich nicht an ihr messen kann.

Brutal sind die Sozialdemokraten auch vorgegangen gegen jenes eigene Parteimitglied, das Helmut Kohl aus menschlichem Anstand geholfen hatte. Sie haben ihr Parteimitglied nach über 40 Jahren Mitgliedschaft aus der SPD hinausgeworfen - und damit zugleich eingestanden, wie recht Helmut Kohl tut, wenn er sich auch heute noch an sein Ehrenwort hält.

Heute verfängt sich die geifernde Meute in ihrer eigenen Blutspur. Der Unterzeichner empfindet nicht Hämne noch Schadenfreude darüber, dass es so ist; aber er ist sehr wohl geneigt, den Genossen anzuzeigen, dass sie besser daran getan hätten, wären sie vorher fairer gewesen, menschlicher und - Herr Muntefering - hätten sie nicht damals das Maul so weit aufgerissen!

Als seien Sozialdemokraten kraft Parteibuch Menschen größerer und stärkerer moralischer Kompetenz.

Nicht die Taten haben sie eingeholt, sondern ihre vorherige anmaßende Arroganz, ihr Absolutheitsanspruch und ihre Unmenschlichkeit gegenüber jenen, denen sie das Wasser nicht reichen können!

Ernst-Ulrich Pfeifer

"Elbauenpark wird zum Millionengrab" Stadtrat Ralph Tyszkiewicz



Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Volksstimme offenbar schon den dicken Papierstapel aus der nichtöffentlichen Sitzung zur Kenntnis hat, und dann sollte sie ihn auch richtig lesen! Es geht nämlich daraus auch hervor, dass dem Stadtrat die Bedenken der Beteiligungsverwaltung bezüglich der avisierten Besucherzahlen und der damit geplanten Einnahmen gar nicht zur Kenntnis gegeben wurden.

Die wenigen Stadträte, die an der Million Besucher pro Jahr nach der BUGA 1999 schon damals leise zweifelten, standen ziemlich allein mit ihren Bedenken. Das Nachnutzungskonzept, das eben auf dieser Basis die Einnahmen schön rechnete und somit natürlich von einem wesentlich geringeren Zuschussbedarf ausging, wurde im Januar 1999 ohne Gegenstimmen und bei nur wenigen Enthaltungen vom Stadtrat bestätigt.

Und was hätte sich geändert, wenn zu diesem Zeitpunkt schon klar gewesen wäre, dass weniger als 400 000 Besucher den Park in den nachfolgenden Jahren besuchen würden? Außer dem Fakt, dass die Wahrheit über das für die Fol-

gejahre teure Vergnügen früher bekannt gewesen wäre, nichts! Zu diesem Zeitpunkt war bereits alles festgezurr, einschließlich der für zehn Jahre als Lufttransporter eingesetzten Panoramabahn und eines überdimensionierten Geister-Parkplatzes. Die gesamte Investitionstätigkeit, die Errichtung sämtlicher Attraktionen auf dem Gelände der Bundesgartenschau erfolgte ausschließlich mit Blick auf 1999 - um das Leben danach kümmerte sich niemand! Und niemand fragte, ob es nicht ein paar Millionen weniger sein dürften. Dieses "Niemand" reicht von den Fördermittelgebern des Landes über die Verwaltung bis eben hin zum ehrenamtlichen Stadtrat - und schließt die Öffentlichkeit ein!

Wo blieb eigentlich die Empörung über die beim Spaßbad versandeten Fördermillionen? Nach der Zwangsversteigerung dieser Komponente des touristischen Erlebnisraumes Ostelbien dürften die Fördermittel wohl auch futsch sein, wobei das Bad ebenso wie der Park noch vorhanden sind.

Ein wichtiges Ziel der Bundesgartenschau 1999 wäre mit weit weniger Geld zu erreichen gewesen: die Umgestaltung der Landschaft von einer

Militärbrache zu einem schönen Park - aber ohne die jetzt Millionen fressenden Objekte! Aber wie ist vor dem Jahre 2000 mit den Leuten öffentlich umgegangen worden, die angemahnt haben, die BUGA um -zig Millionen billiger zu machen? Totgeschwiegen und als Verhinderer abgestempelt. Ich kann mich noch genau an die warnenden Worte unseres CDU-Stadtrates Gerhard Nord erinnern, auf die keiner hören wollte.

Genauso wie es jetzt im Zusammenhang mit den Stadionvisionen geschieht. Im Mai vergangenen Jahres wurde z.B. die CDU-Fraktion als Gegnerin des Magdeburger Fußballs verunglimpft, weil sie nämlich auf millionenschwere Unstimmigkeiten zwischen den entsprechenden Bauunterlagen und dem Stadionnachnutzungskonzept verwies! Und erst in der vergangenen Woche beschloss erneut eine Stadtratsmehrheit jenseits der CDU, dass ein Stadion für 15.000 Zuschauer zu klein sei, mindestens 25.000 Zuschauern solle das neue Millionengrab Platz bieten Man darf auf die Pressecommentare in fünf Jahren gespannt sein.

Ralph Tyszkiewicz
CDU-Stadtrat

Bischöfskonferenz würdigten den entschiedenen Einsatz der Bundestagsabgeordneten zur Verhinderung einer verbrauchenden Embryonenforschung; sie bedauerten aber auch, dass viele Unionsabgeordnete einem Import menschlicher embryonaler Stammzellen unter restriktiven Voraussetzungen zugestimmt haben. In der Bioethik stelle sich verstärkt die Frage nach dem christlichen Menschenbild und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für das politische Handeln. Beide Seiten sahen übereinstimmend die Notwendigkeit, dass sich Vertreter der Kirche wie auch die politisch Handelnden verstärkt für internationale Vereinbarungen zu

den Grenzen der Biomedizin einsetzen. Man war sich darüber hinaus einig, dass im Gesetzgebungsverfahren alles daran gesetzt werden muss, den Bundestagsbeschluss nicht auszuweiten.

In der Frage der Zuwanderung bestand Einigkeit, dass die bisherigen gesetzlichen Regelungen unzureichend seien und durch ein neues Gesetz abgelöst werden müssen. Beide Seiten waren sich einig, dass Familien das Recht haben, zusammen zu leben. Unterschiedliche Meinungen bestanden allerdings über die Regelung des Nachzugsalters im Gesetz.

Maßnahmen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit wurden von den Gesprächsteilnehmern als besonders vordringlich angesehen. Die Vertreter der CDU erläuterten ausführlich ihre Programmatik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Weniger Bürokratie, das Denken aus dem Blickwinkel der von Arbeitslosigkeit Betroffenen sowie Vorrang für Investitionen in den neuen Bundesländern stehen dabei im Vordergrund. Beide Seiten vereinbarten, den Dialog in regelmäßigen Abständen fortzusetzen.

CDU-Präsidium im Dialog mit Bischofskonferenz

Vertreter des Präsidiums der CDU Deutschlands unter Leitung von Dr. Angela Merkel und Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung von Kardinal Karl Lehmann sind am Donnerstag, den 14. März, in Berlin zu einem ausführlichen Meinungsaustausch zusammen

getroffen. Im Mittelpunkt der Begegnung, die in einer offenen und freundschaftlichen Atmosphäre stattfand, standen Fragen der Bioethik, das Zuwanderungsgesetz sowie die Problematik auf dem Arbeitsmarkt.

Im Blick auf die Entscheidung des Deutschen Bundestags

zum Import menschlicher embryonaler Stammzellen wiesen Teilnehmer der CDU darauf hin, dass die Diskussion innerhalb der CDU von großem gegenseitigem Respekt geprägt war und sich der Einzelne seine Entscheidung niemals leicht gemacht hat. Die Vertreter der Deutschen

Verdienstvolle Einwohnerin ausgezeichnet



Eva Wybrands

Der Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, Lutz Trümper, hat Eva Wybrands in Anerkennung Ihrer für die Stadt geleisteten ehrenamtlichen Tätigkeit eine Ehrenurkunde und eine Medaille der Stadt Magdeburg überreicht. Eva Wybrands engagiert sich nunmehr seit vier Jahren vor allem im Bereich der Gewaltprävention. Sie wird dabei vor allem von den Frauen der Frauen-Union unterstützt. Die Verleihung der Ehrenurkunde ist ein Höhepunkt in ihrer langjährigen und intensiven Arbeit.

Fakten mit den Füßen

Täglich verliert Sachsen-Anhalt 85 Personen. 47 Kinder werden geboren, während 80 Personen sterben. 95 Personen ziehen täglich zu, während 147 Menschen täglich das Land verlassen.

Fazit: 2001 verringerte sich die Bevölkerungszahl Sachsen-Anhalts um insgesamt 15.500 Einwohner.

Nüchterne Zahlen des Statistischen Landesamtes in Halle. Sie zeigen in aller Deutlichkeit, wie es um unser Land steht.

Herr Ministerpräsident, das sind leider die Fakten.

Peter Götz: Rot-Grün tritt Gemeindeinteressen mit Füßen

Zur Bundestagsdebatte über die Sicherung und Fortentwicklung der deutschen kommunalen Selbstverwaltung in Europa erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz MdB:

Die Regierung Schröder hat die deutschen Städte, Gemeinden und Kreise an den Rand des Ruins regiert. Immer neue Aufgaben und Kosten und immer wieder Eingriffe in die kommunalen Einnahmen, das ist die erschreckende Bilanz. Zusätzlich wirken sich 60 Pro-

zent der Entscheidungen der Europäischen Union auf Gemeindeebene aus - oft mit erheblichen Kosten.

Nur die Bundesregierung kann im deutschen Interesse bei wichtigen Entscheidungen in Brüssel mitwirken. Sie muss die Interessen der Kommunen vertreten und gesamtstaatliche Verantwortung übernehmen. Das geschieht nicht. Schröder kann und will nicht. Ich erkenne nur hilflose Ad-hoc-Reparaturen und immer wieder Entscheidungen gegen die Gemeinden und noch dazu

immer wieder ohne mit ihnen zu sprechen.

In Wirklichkeit steht dahinter eine kommunalfeindliche zentralistische Politik - ganz in alter sozialdemokratischer Tradition.

CDU und CSU wollen auch im erweiterten und vertieften Europa leistungsfähige Städte, Gemeinden und Kreise. Nach dem 22. September werden wir dafür sorgen, dass die Gemeinden wieder die Rolle in Deutschland spielen, die sie im Interesse der Menschen haben müssen.

Wege aus der Bildungskrise

Kultusministerin Schavan in Magdeburg

Spätestens die PISA-Studie hat es an den Tag gebracht: das Bildungssystem Deutschlands weist große Defizite auf. Dieser Befund war Anlass für die CDU-Landtagsfraktion sämtliche Schulleiter und Verantwortliche im Lande zu einer Diskussionsveranstaltung am 8. April in das Ratswaage-Hotel in Magdeburg einzuladen.

Gastrednerin Annette Schavan, Kultusministerin in Baden-Württemberg, legte ihre Sicht der Dinge dar und sagte mit Blick auf die hiesige Lage: "Sachsen-Anhalts Jugend hat eine bessere Bildungspolitik verdient." Bildung sei mehr als die Vermittlung von zusammenhanglosem Faktenwissen, sie müsse zu Urteilskraft und Selbständigkeit erziehen. Den Versuch der frühen Spezialisierung an den Gymnasien bezeichnete Schavan als Irrweg.

Die Schule habe die Aufgabe, eine breite Grundlage durch Vermittlung von Schlüsselqualifikationen zu legen. "Mit diesen Schlüsseln muss Bildung Türen öffnen zu neuen Horizonten", sagte Schavan vor etwa 50 Zuhörern. Spezialisierungen

seien dann vom Basislager aus immer möglich und ergänzte: "Aus einem Spezialisten können sie keinen Generalisten machen, aber aus einem Generalisten einen Spezialisten".

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag, Eva Feußner, unterstrich in ihrem Vortrag die große Bedeutung der Bildungspolitik für die Zukunft Sachsen-Anhalts. Sie kritisierte die zahlreichen Änderungen und Experimente in der Bildungspolitik der SPD in den letzten acht Jahren. Während die CDU-geführten Länder Sachsen und Thüringen "wacker" an den 12 Jahren zum Abitur festgehalten hätten, habe die PDS-tolerierte Regierung Höppner die mißlungene Zwangsförderstufe und das 13. Schuljahr eingeführt. Feußner: "Jetzt führen SPD und PDS wieder die Diskussion rückwärts".

Die Fusion von Haupt- und Realschule zur Sekundarschule erbrachte nach den Worten der CDU-Politikerin ein "verheerendes Ergebnis". Ein Großteil der Sekundarschüler schaffe jetzt auch nach zehn

Jahren Schulbesuch nur den vergleichbaren Hauptschulabschluss.

Im Falle eines CDU-Wahlerfolges müßten nach Meinung Feußners erst die Ergebnisse der PISA-Studie sorgfältig ausgewertet werden. "Erst nach genauer Analyse wollen wir Schlußfolgerungen für die Weiterentwicklung des Schulsystems ziehen", sagte sie beruhigend. Und alle Veränderungen müßten in enger Abstimmung mit Schülern, Lehrern und Eltern angegangen werden.

Für weiteren Diskussionsstoff sorgte auch der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz von der Martin-Luther-Universität Halle, der sich ebenfalls für eine solide Grundbildung aussprach. Schule müsse vor allem die Lernfähigkeit vermitteln, sagte Olbertz.

Eine rege Diskussion schloß sich an. Wer mehr über die bildungspolitischen Vorstellungen der CDU in Sachsen-Anhalt wissen möchte, findet "12 Thesen für Bildung und Wissenschaft" unter www.cdu-sachsenanhalt.de. wik

Zeit für einen Neubeginn

12 Thesen für den Aufschwung in Sachsen-Anhalt

Unsere Vision

Es ist an der Zeit, wieder zu gestalten - und nicht nur den Mangel zu verwalten!

Am Ende dieses Jahrzehnts gehört Sachsen-Anhalt zur Gruppe der aufstrebenden Regionen in Deutschland und in Europa - mit dem Leitmotiv: Wer in Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft in Sachsen-Anhalt nicht dabei ist, der verpasst etwas!

Dies ist der Anspruch, mit dem die CDU dieses Jahrzehnt für unser Land gestalten will!

Um das zu erreichen, muss sich Sachsen-Anhalt auf seine Stärken besinnen. Die von der Landesregierung verantwortete Negativ-Spirale von Schlusspositionen, Selbstmitleid und Jammeri muss beendet werden. Niemand hilft gern demjenigen, der seine eigene Hilflosigkeit vor sich her trägt. Um eine positive Wirtschaftsentwicklung mit Eigendynamik und Selbstvertrauen in Gang zu bringen, brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die mehr ist als die Verwaltung von Misserfolgen und Ratlosigkeit.

Für die CDU in Sachsen-Anhalt ist Wirtschaftspolitik eine Vorwärtsstrategie,

- eine Vorwärtsstrategie, die auf Dynamik und Wachstum setzt, statt auf bloße Umverteilung

- eine Vorwärtsstrategie, die eine aus eigener Kraft handlungsfähige Wirtschaft will, statt die Abhängigkeit von staatlicher Förderung

- eine Vorwärtsstrategie, die persönliche Leistung honoriert statt abschreckt

- eine Vorwärtsstrategie, die eigene Anstrengungen verlangt, statt mit Dauer-Transferleistungen Fehlentwicklungen und Enttäuschungen vorzuprogrammieren

- eine Vorwärtsstrategie, die sich selbst dem Wettbewerb stellt, statt auf die Hilfe anderer zu warten

- eine Vorwärtsstrategie, die auf Selbstbewusstsein und Erstklas-

sigkeit setzt, statt auf Subventionsbeschaffung und Zweitklassigkeit

- eine Vorwärtsstrategie, die Bildung und Innovation Priorität gibt, statt hinten anstellt

- eine Vorwärtsstrategie, mit der Aufbruchstimmung entsteht, die neugierig macht und Interesse weckt bei Investoren, Unternehmern und Arbeitnehmern jenseits der eigenen Landesgrenzen

- eine Vorwärtsstrategie, die in Sachsen-Anhalt wieder Zuversicht und Optimismus begründet und so Perspektiven schafft für Zuzug statt Wegzug.

1. Wirtschaftsprofil

Sachsen-Anhalt braucht ein klares unverwechselbares Wirtschaftsprofil. Nur durch eine Landespolitik, die Investitionen und Wachstum als wichtigstes Ziel vor Augen hat, können bestehende Unternehmen ermutigt und neue Unternehmen ins Land geholt werden.

2. Investitionsprogramm

Der Solidarpakt II muss schneller umgesetzt werden, vor allem die Infrastrukturinvestitionen müssen zeitlich vorgezogen werden. Denn nicht erst im nächsten, sondern bis Ende dieses Jahrzehnts entscheidet sich, ob die ostdeutsche Wirtschaft den Anschluss an die gesamtdeutsche Wirtschaftsentwicklung schaffen kann. Hinzu kommen müssen weitere kurzfristige Initiativen für den Baubereich.

3. Liquiditätshilfe

Um ein Ausbluten der kleinen und mittleren Unternehmen zu verhindern, fordert die CDU für diese eine gerechtere Ist-Besteuerung. Die Umsatzsteuer soll nicht schon mit der Rechnungslegung, sondern erst bei tatsächlichem Zahlungseingang an das Finanzamt abgeführt werden.

4. Zahlungsmoral

Die gesetzlichen Regelungen zur Beschleunigung fälliger Zah-

lungen müssen verschärft werden. Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt die neue Initiative des Landes Sachsen mit konkreten, praktikablen Vorschlägen für Gesetzesänderungen zur Verbesserung der Zahlungsmoral.

5. Wettbewerb - Vorfahrt für private Unternehmen

Die CDU ist gegen die Erweiterung der Tätigkeitsfelder kommunaler Unternehmen. Private Unternehmen müssen die Chance erhalten, in einem Interessenbekundungsverfahren darzulegen, ob und inwieweit sie öffentliche Aufgaben besser erledigen können.

6. Basel II - Mittelstand nicht im Stich lassen

Die mit dem sogenannten Baseler Akkord II zu erwartenden höheren Zinsbelastungen für die eigenkapitalschwächeren Unternehmen bedrohen die Existenz des ostdeutschen Mittelstandes. Die CDU Sachsen-Anhalt wird sich mit Nachdruck für die vernachlässigten Interessen von Handwerk und Mittelstand einsetzen und neue Lösungsansätze unterstützen.

7. Eigenkapital -

Mehr Unterstützung für Handwerk und Mittelstand

Die CDU Sachsen-Anhalt wird den durch die Steuerreform der Bundesregierung erheblich benachteiligten Mittelstand stärker bei der Eigenkapitalbildung unterstützen.

8. Bürokratie -

Durch weniger Regulierung zu mehr Investitionen

Die CDU Sachsen-Anhalt wird ein Investitionserleichterungsgesetz realisieren. Regulierungs-Perfektionismus und ein Übermaß an Bürokratie müssen ein Ende haben. Investitionsrelevante Landesgesetze und technische Standards müssen ent-rümpelt werden.

9. Forschung+Innovation

Forschung und Innovation bilden

die Basis einer leistungsfähigen Wirtschaft. Die CDU Sachsen-Anhalt richtet eine Technologiestiftung und einen Innovationsrat ein. Jährlich wird dem Landtag ein Bericht zur Lage von Forschung und Innovation im Land vorgelegt.

10. Bildung - Solide, effizient und begabungsgerecht

Bildung ist ein Standortfaktor von allergrößter Bedeutung. Die Schulzeit wird auf 12 Jahre zurückgenommen. Größere Autonomie für die Schulen muss einhergehen mit mehr Chancen für freie Schulträger. Wir brauchen eine stärkere Vernetzung von Wirtschaft und Bildungsträgern ebenso wie eine deutlichere Profilierung unserer Hochschullandschaft.

11. Entlohnung - Fair und marktgerecht gestalten

Produktivitätsfortschritte sollen und müssen an die Beschäftigten weitergegeben werden. Gleichzeitig muss die hohe betriebliche Flexibilität als wichtiger Standortvorteil auf jeden Fall erhalten bleiben. Gleiches gilt für die zunehmend Beachtung findende Fähigkeit ostdeutscher Unternehmen, innovative Konzepte bei Arbeitszeit, Betriebszeiten und Arbeitsentlohnung zu entwerfen und umzusetzen.

12. Arbeitsmarktpolitik

Eckpunkte einer neuen Arbeitsmarktpolitik sind: Konzentration der ABM-Maßnahmen auf ältere Arbeitnehmer, zeitlich befristete Lohnkostenzuschüsse, Einführung des Kombilohns, ein größerer Spielraum für eigene Ermessensleistungen der Arbeitsämter und die Zusammenfassung der Zuständigkeiten für Wirtschaft und Arbeit in einem Ministerium.

Die Langfassung finden Sie im Internet unter www.cdu-sachsen-anhalt.de oder beziehen Sie über die Kreis- oder Landesgeschäftsstelle, Hegelstr. 23, 39104 Magdeburg

Stadtumbau Ost - Erfordernis aus den Monostrukturen des SED-Staates

Die ehemals so hoch gelobten Wohnviertel, zu "sozialistischen Wohnstädten" hochstilisiert, verkommen ohne Milliardeninvestitionen zu öden Vorstädten.

Ein Vergleich drängt sich auf - So wie die zentral gelenkten Kombinate mit ihren vorgegebenen Absatzmärkten dem Konkurrenzdruck der internationalen Märkte nicht standhalten konnten, so konnte auch das "Flair" dieser Großwohnstadtungen dem Konkurrenzdruck einer individuellen Wohnarchitektur nicht standhalten.

Während der Niedergang der fernab des Marktes agierenden "sozialistischen" Industriekombinate von linken Partei-Ideologen als ein Versagen "kapitalistischer" Wirtschaftspolitik angeprangert wird, haben die Bürger bei

der Wahl ihrer eigenen Behausung "Marktreife" bewiesen:

Sie zeigen mit ihrem ungebrochenem Drang zum Eigenheim und zu individuellem Wohnen, dass die Massenquartiere uniformer Plattenbauten keinesfalls den Bürgerwünschen entsprechen.

Mit ihrem Wohnverhalten geben uns die Bürger quasi Leitlinien für die notwendige Stadtentwicklung an die Hand. Und dies mit einer bis zum Stadtverfall unerbittlichen Konsequenz.

Jetzt rächt sich auch auf städtebaulichem Sektor, was auf dem Wirtschaftssektor schon 10 Jahre zuvor einsetzte: Die "planmäßig proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft" (O-Ton SED) hat zu einer Monostruktur bei

der Stadtbebauung geführt, die ohne riesige Investitionen zu einer weiteren Zerstörung des Stadtbildes führen wird. Bedarf es eigentlich noch eines weiteren Beweises für die menschenverachtende Politik, die in 40 Jahren SED-Diktatur betrieben wurde?

Nicht nur eine für eine freie Wirtschaft unbrauchbare Wirtschaftsstruktur sondern auch eine für freie Menschen ungeeignete Wohnstruktur sind das Erbe. Welches von beiden Kapiteln bei seinem Wiederaufbau einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird, steht noch dahin. Es steht nur fest, dass die Finanzierung der Folgen des "sozialistischen" Experimentes auf deutschem Boden mittlerweile die Wiederaufbausumme der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Wirt-

schaft Westdeutschlands um ein Vielfaches übersteigt.

Wer in diesem Zusammenhang der PDS als SED-Erbin am 21. April 2002 und bei allen zukünftigen Wahlen die Stimme gibt, belohnt die Verantwortlichen für 40 Jahre zerstörerische Fehlentwicklung auf dem Gebiet Mittel- und Ostdeutschlands.

Um auch den Neubauquartieren eine faire Entwicklungschance zu geben, müssen mit den Bürgern Stadtteilentwicklungskonzepte erarbeitet werden. Dafür muß detailliert festgelegt werden, wie der Leerstand reduziert, moderne Wohnqualität erreicht und dem Verfall dieser Stadtteile begegnet werden kann. Bei dieser schwierigen Aufgabe sind Stadt und Land gefordert.

Gerhard Ruden

 Harzdruckerei
wernigerode

max-planck-straße 12/14
38855 wernigerode
fon 0 39 43/54 24 - 0
fax 0 39 43/54 24 - 99
mail info@harzdruck.de
net www.harzdruck.de

BEHINDRUCKEN